

F. X. Kaufmann

'Soziale Indikatoren' in der Bundesrepublik Deutschland?

(Ein Bericht über die Sektion 'Soziale Indikatoren' der DGS)

In einer gründlichen Übersicht über den internationalen Stand der Forschung im Bereich 'sozialer Indikatoren' (V. RYS, 1972) wurde über Forschungen aus den Vereinigten Staaten, Canada, England, Frankreich, Belgien, Dänemark und mehreren Ostblockstaaten berichtet; die Bundesrepublik dagegen wurde nicht einmal erwähnt. Das ist nicht etwa darauf zurückzuführen, daß die Reisetätigkeit deutscher Beamter und Sozialwissenschaftler geringer wäre als diejenige von Repräsentanten anderer Staaten. Es läßt sich auch nicht dadurch erklären, daß die Bemühungen, für die sich im internationalen Sprachgebrauch die Bezeichnung 'Soziale Indikatoren' einzubürgern scheint, in der Bundesrepublik unter andere Sprachregelungen fallen. Die Geschichte des Begriffs und der Sache hat in der Bundesrepublik erst im Jahre 1971 begonnen; sie hat inzwischen zur Gründung einer Sektion 'Soziale Indikatoren' im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie geführt, über die hier berichtet werden soll. Unter Einschluß des Vorbereitungstreffens ist die Sektion bisher zu drei Arbeitskonferenzen zusammengetreten; für 1974 sind Treffen am 16. bis 18. Mai und anläßlich des Deutschen Soziologentages Anfang November vorgesehen. Die wissenschaftlichen Beiträge der ersten drei Treffen werden noch in diesem Jahre in einem vom Sektionsleiter Wolfgang ZAPF (Universität Mannheim) herausgegebenen Sammelband im Verlag Herder & Herder erscheinen.¹

In diesem Bericht soll weder eine Vorausrezension dieses Sammelbandes, noch eine Selbstdarstellung der Sektion versucht werden. Zwar fühle ich mich der Sektion zugehörig (auf eine Formalisierung der Mitgliedschaft hat die Sektion bisher verzichtet), aber aufgrund mangelhafter Präsenz eher in der SIMMEL'schen Rolle des 'Fremden', als in der Rolle derjenigen, die Helmut KLAGES (1973) in Ermangelung formaler Begriffe als 'Verantwortliche' bezeichnete. Vielleicht ist die von SIMMEL (1923, S. 510) charakterisierte "besondere Attitüde" des Fremden: "ein Gebilde aus Ferne und Nähe, Gleichgültigkeit und Engagiertheit" für einen Bericht durchaus geeignet, dem es weniger um wissenschaftliche Probleme und Ergebnisse als um das Treiben der Wissenschaftler geht, die das ausländische Produkt importiert haben.

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich – was die Arbeit der Sektion angeht – auf die in Manuskriptform veröffentlichten "Berichte und Diskussionen" der ersten und zweiten Arbeitskonferenz (zitiert als AK 1, bzw. AK 2), sowie auf die Arbeitspapiere der dritten Arbeitskonferenz vom 4./5. Oktober 1973 in Bad Homburg, auf der ich zudem Gespräche mit zahlreichen Teilnehmern führte. Die Ausführungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der BRD beziehen selbstverständlich Informationen aus anderen Erfahrungskontexten ein.

I.

Etwas vornehmer ausgedrückt kann der hier infragestehende Prozess auch als 'kulturelle Diffusion' bezeichnet werden. Es lohnt sich, die Zufälligkeit hervorzuheben, mit der dieser Diffusionsprozess begann: Man hatte im Bundeskanzleramt von "der Sache" – genauer gesagt, einer Konferenz der OECD zum Problem 'Sozialer Indikatoren' (1971) – gehört und schickte den bisherigen einzigen 'arrivierten Soziologen' unter den Bonner Ministerialen dort hin. Ob seine Qualität als Soziologe oder als Abteilungsleiter in einem 'sozialen' Ministerium den Ausschlag gab, bleibe dahingestellt! Auch Herren vom Statistischen Bundesamt brachten den neumodischen Ausdruck von internationalen Konferenzen mit nach Hause. Außerdem erhielt ein junger Soziologieprofessor ein Forschungsstipendium für die Vereinigten Staaten und von einem älteren Kollegen den Rat, sich doch einmal nach den 'Sozialen Indikatoren' zu erkundigen.

Auf buchstäblich nicht mehr als drei oder vier Personen, die zudem – in für das Problem durchaus typischer Weise – so unterschiedlichen Körperschaften wie der Bundesregierung, der amtlichen Statistik und der Universität zugehörten, ist die Verbreitung der Impulse des 'Social-Indicator-Movement' in der Bundesrepublik zurückzuführen. Daß sie sich zur Gründung einer Sektion im Rahmen der DGS zusammenfanden und damit ein in dieser Form noch einmaliges Forum der Kooperation von akademischen Soziologen und praktisch tätigen Sozialwissenschaftlern schufen, sollte Grund genug für ein breites Interesse der Soziologen an diesem Experiment sein.

Einige Zahlen über die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an den bisherigen drei Arbeitskonferenzen mögen dies verdeutlichen:

Tabelle 1: Herkunft der Teilnehmer an Arbeitskonferenzen der Sektion

	7. / 8.1.	13. / 14.10.	4. / 5.10	Teilnehmer	in %
	1972	1972	1973	insges.	
Ministerien	2	2	3	3	4
Statist. Ämter	3	4	1	6	9
Priv.	-	3	6	8	12
Forschungsinstitute					
Öffentl. Forschungs- träger	4	3	3	6	9
Hochschulen BRD	13	25	21	42	63
Hochschulen Ausland	1	-	3	4	3
				67 =	100

Wie Tabelle 1 zeigt, hat die Teilnehmerzahl sehr rasch die obere Grenze des für wissenschaftliche Kommunikation Zutraglichen erreicht, wenn nicht überschritten. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Teilnehmer fällt lediglich die fortschreitende Zunahme von Vertretern privater Forschungsinstitute auf: Zeichnen sich an kündigenden Konjunktur in diesem Bereich? Der Personalbestand ist jedoch noch stark fluktuierend: Lediglich neun Personen haben an allen drei Arbeitskonferenzen, und weitere zwölf an zwei der drei Konferenzen teilgenommen.

46 Personen sind bisher nur einmal dageigewesen. Rund zwei Drittel der Teilnehmer kommen von den Universitäten, wobei Angehörige der Universitäten Frankfurt und neuerdings Mannheim infolge des dort domizilierten SPES-Projekts (von dem unten noch die Rede sein wird) besonders zahlreich und regelmäßig anwendbar sind. Aber auch andere Hochschulen (FU Berlin, TU Berlin, die Universitäten Bielefeld, Köln, Regensburg und Zürich) waren bisher kontinuierlich vertreten. Von Seiten der Praxis bestehen erkennbare dauerhafte Kooperationsinteressen im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, im Statistischen Bundesamt und im INFAS-Institut (Bad Godesberg). Man darf gespannt sein, wie sich die Mitarbeit der übrigen privaten Forschungsinstitute gestalten wird.

Alles in allem scheint die Sektion, (die im übrigen größtenteils von Nichtmitgliedern der DGS frequentiert wird!) einen ausreichend stabilen Kern gebildet zu haben, um sich auf absehbare Zeit als lebensfähig zu erweisen. Die große Fluktuation der Teilnehmer erschwert jedoch eine kontinuierliche Fortentwicklung in der Diskussion. Das wurde vor allem auf der Arbeitskonferenz vom Herbst 1973 deutlich, auf der erstmals konkrete Indikatoren für die Bundesrepublik präsentiert wurden: Die Diskussion nahm diesen faktischen Forschungsfortschritt nicht auf, obwohl mehrere Forschungsgruppen Ergebnisse präsentierten und somit ein Erfahrungsaustausch über den Forschungsprozess selbst durchaus im Bereich des Möglichen gelegen hätte. Statt dessen wurde die Diskussion weitgehend von abstrakten Erörterungen beherrscht, die dennoch nur selten eine grundsätzliche Position deutlich machten. Es handelt sich überwiegend um die Rekapitulation von Argumenten, die man in den Berichtbänden der Diskussion über die beiden ersten Arbeitskonferenzen bereits nachlesen konnte.

Die rasche Entwicklung der Sektionsarbeit wäre nicht möglich gewesen ohne Unterstützung: Die beiden ersten Arbeitskonferenzen wurden von der Stiftung Volkswagenwerk, die letzte Arbeitskonferenz von der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg unterstützt, deren Gastfreundschaft das Arbeitsklima außerordentlich günstig beeinflusste.

Soviel zum äußeren Rahmen. Was aber hat die Sektion bisher geleistet? Inwiefern stellen die sich in ihr Treffenden eine 'Scientific Community' dar? Inwieweit ist eine Stimulierung von Forschung durch den Austausch zu beobachten bzw. was steht dem entgegen? Stellt die Sektion so etwas wie die Vorhut einer 'Sozialen-Indikatoren-Bewegung' in der Bundesrepublik dar, ist also ein den Vereinigten Staaten analoges Phänomen (vgl. etwa M. SPRINGER, 1970) zu erwarten? Was ist überhaupt die Sache, die unter dem Begriff 'Soziale Indikatoren' in der Bundesrepublik abgehandelt wird?

Wolfgang ZAPF gebührt das Verdienst, durch seine Arbeiten von allem Anfang an einen klaren Überblick für die Rezeption der Probleme in der Bundesrepublik geschaffen zu haben (vgl. ZAPF, 1973 – verfaßt 1971 – und ZAPF, 1972). Seine Aufsätze referieren den Stand der veröffentlichten wissenschaftlichen Diskussion gründlich und systematisch. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil der praktischen Arbeit an sozialen Indikatoren außerhalb der Hochschulen durch Personen erfolgt, deren Reward-System nicht primär an Publikationen orientiert ist. So existieren zahlreiche Arbeitsdokumente internationaler Konferenzen von Regierungsexperten auf dem 'Grauen Markt' (zahlreiche Hinweise bei V. RYS, 1972). Die Parallelität der akademischen und der praktischen Bemühungen stellen überhaupt ein Charakteristikum dieser Bewegung dar. Nicht nur die Analyse der Produktion (und Nichtproduktion) sozial-statistischer Daten und ihrer Bedingungsbeziehungen wären ein ergiebiges Thema für die Wissenssoziologie, sondern auch die Analyse der Kommunikationsprozesse zwischen universitärer und praxisbezogener Wissenschaft sowie der Einfluß externer Faktoren auf die inhaltliche Gestaltung des Themas (vgl. hierzu als theoretische Vorarbeit H. J. GANS, 1971). Dies kann hier nicht systematisch geschehen; wir müssen uns mit einigen Hinweisen begnügen.

Im strengen Sinne sind soziale Indikatoren numerische Ausdrücke quantifizierbarer Erscheinungen, welche bestimmte, in der Regel nicht direkt meßbare, politisch relevante 'soziale' Erscheinungen 'repräsentieren'. Als 'soziale Indikatoren' sind solche numerischen Ausdrücke nur dann zu bezeichnen, wenn sie regelmäßig erhoben und publiziert werden, so daß aus ihnen Schlußfolgerungen für die Entwicklung der an sich interessierenden 'sozialen' Erscheinungen gezogen werden können.²

² In Anlehnung an eine von V. RYS (1972, S. 8) zitierte französische Definition: Soziale Indikatoren sind ihr zufolge "der direkte numerische Ausdruck einer quantitativen Erscheinung, deren Entwicklung die Entwicklung einer anderen Erscheinung berücksichtigt, die nicht quantitativ ist, für die aber ein numerischer Ausdruck erwünscht ist". Die französische Definition läßt jedoch jeden inhaltlichen Bezug vermissen, sie ist ausschließlich auf die methodischen Probleme hin angelegt, welche wiederum in den meisten angelsächsischen Definitionsversuchen zu kurz kommen. ZAPF enthält sich einer eigentlichen Definition sozialer Indikatoren; er bestimmt sie einerseits von den ihnen zugeschriebenen Funktionen, andererseits von einem Katalog bisher entwickelter Indikatoren und den durch sie repräsentierten Bereichen her.

In diesem Definitionsversuch kommen die methodischen, die technischen und die inhaltlichen Probleme zum Ausdruck, die mit der Konstruktion sozialer Indikatoren verbunden sind. Die drei Aspekte lassen sich im übrigen nicht voll trennen: Inhaltliche Forderungen, Vorstellungen über das, was 'gesellschaftspolitisch relevant' ist (und bereits hierüber gehen die Auffassungen unter den Wissenschaftlern einerseits und den praktischen Experten andererseits auseinander), müssen durch das Fegefeuer der methodischen Erörterungen gehen! Was heißt 'Repräsentation' nicht direkt meßbarer sozialer Erscheinungen durch einen Index? Kriterien der Gültigkeit und der Verlässlichkeit, ja meist bereits Probleme des angemessenen Referenzrahmens der Interpretation (aus dem Gültigkeitskriterien überhaupt erst abgeleitet werden können) sollten zunächst geklärt werden. Sinnvollerweise findet eine solche Erörterung in der Regel auch nicht über einen einzigen Indikator, sondern über ein ganzes 'Indikatorensystem' statt, mit Hilfe dessen das Verhalten bestimmter gesellschaftlicher Teilbereiche bzw. der sie konstituierenden Faktoren im Zeitablauf beobachtbar gehalten werden soll. Soziale Indikatoren rekonstruieren die Wirklichkeit in einem doppelten Kontext: dem wissenschaftlichen und dem politischen. An ihrer Erhebung (oder Nichterhebung) haften somit auch praktische Interessen. Sie werden spätestens dort wirksam, wo es um die tatsächliche Erhebung der an sich als relevant und erfaßbar angesehenen Daten geht. Überall dort, wo die Erhebung auf amtlichem Wege erfolgen soll, bedarf es (zumindest in der Bundesrepublik) entsprechender gesetzlicher Grundlagen. Im Bereich der freien wissenschaftlichen Erhebungen bestätigt sich bisher die Regel, daß die empirischen Sozialforscher nur solche Phänomene zu untersuchen imstande sind, die ihnen an Prestige und Einfluß unterlegen sind. Häufig sind es auch nicht nur politische, sondern lediglich administrative Interessen, welche die Erhebung bestimmter Daten fördern oder verhindern: Die Datenproduktion des Statistischen Bundesamtes ist von den persönlichen Präferenzen seiner Leitung keineswegs unabhängig... Oft entscheidet sich erst im Kleinkrieg um die Computerzeiten, welche Daten die amtliche Statistik in der Bundesrepublik produziert. An diesem Kleinkrieg sind auch die Bundesministerien mit ihrem unterschiedlichen Gewicht beteiligt... Der praktischen Entwicklung sozialer Indikatoren in der Bundesrepublik steht noch ein langer und beschwerlicher Weg bevor.

Es kommen hier aber auch noch subtilere Interessen ins Spiel: Methodisch geht es bei der Entwicklung 'sozialer Indikatoren' in erster Linie um das Problem der Meßbarkeit und der Vergleichbarkeit 'sozialer' Phänomene. Dabei dreht sich die Diskussion praktisch fast ausschließlich um die nicht-ökonomischen Phänomene, obwohl sich schwer begründen läßt, daß ökonomische Phänomene nicht 'sozialer Natur' oder 'gesellschaftspolitisch relevant' sein sollen. Das hat u. E. zwei Ursachen: Zum einen ist die Diskussion um die sozialen Indikatoren aus der Kritik einer ökonomistischen Betrachtung der Staatstätigkeit und der Gesell-

schaftsentwicklung entstanden: 'Lebensqualität' statt 'Wachstumsfetischismus'! Zum anderen sind die 'ökonomischen' Indikatoren durch einen gemeinsamen Nenner, die Geldeinheiten, sachlich und begrifflich ausgegrenzt.³ Dieser gemeinsame Nenner löst bzw. verschleiert in der Ökonomie das Problem der Vergleichbarkeit heterogener Tatbestände und der Quantifizierbarkeit von Qualitäten – durch die Fiktion 'objektiver' Preise. Der (meist unbewußte) 'Wissenschaftsimperialismus' der Ökonomen besteht darin, möglichst viele Sachverhalte in Geldeinheiten zu quantifizieren. Die politische Chance der Soziologen besteht in der gesellschaftlichen Strömung, welche solchen Ökonomismus negiert. Es geht in der Diskussion um die sozialen Indikatoren nicht zuletzt um die Chance der Soziologie, gesellschaftspolitisch relevant zu werden! Die Institutionalisierung der Diskussion um die sozialen Indikatoren im Rahmen einer Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie darf daher als einer bisher seltenen Anfangserfolge dieser Gesellschaft auf dem Wege zu einer Professionalisierung der Soziologie gelten.

Wie vor allem ZAPF (1973) zeigt, spielen in der internationalen Diskussion über die sozialen Indikatoren die technischen und methodischen Probleme der Indikatorenentwicklung (die sich u. E. im übrigen nicht grundsätzlich von den Operationalisierungsproblemen in der Soziologie überhaupt unterscheiden) nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Einen wesentlich größeren Rahmen nehmen die Diskussionen um die Funktionen und die Auswahlkriterien der Indikatoren ein. Die Entwicklung sozialer Indikatoren wird als Bestandteil einer Strategie zur Rationalisierung der Gesellschaftspolitik, zur Erhöhung der Selbststeuerungsfähigkeit von Gesellschaft, betrachtet. Die Diskussion ist dabei von unterschiedlichen nationalen Legitimationszusammenhängen abhängig: In den Vereinigten Staaten von der Berichterstattungspflicht des Präsidenten, in Frankreich von den Notwendigkeiten der 'Planification', in Großbritannien von der Tradition der 'Royal Commissions' und einem lebendigen Kontakt zwischen akademischer und praktischer Sozialpolitik.

Welcher Legitimationszusammenhang bietet sich für die Bundesrepublik an? Sieht man von dem inzwischen bereits ministeriell gewordenen Schlagwort der 'Lebensqualität' ab, das den Soziologen immerhin ähnlichen Auftrieb geben könnte, wie MÜLLER-ARMACK's 'Soziale Marktwirtschaft' den Ökonomen, so bietet sich vor allem die seit etwa einem Jahrzehnt anlaufende Sozialberichterstattung der Bundesregierung an.⁴ Folgerichtig stellt denn auch

³ Dieses wissenssoziologische Argument ist in der bisherigen Diskussion kaum berücksichtigt: 'Ökonomische' Tatbestände werden als ökonomische durch das spezifische Kommunikationsmedium der Wirtschaft, das Geld, praktisch definiert. Zur Interpretation von Geld als Kommunikationsmedium vgl. zuletzt N. LUHMANN, 1972.

⁴ Im Sinne einer nicht abschließenden Aufzählung seien erwähnt: Sozialenquêtes (1966), Familienberichte (1968, 1974), Jugendberichte (1968, 1972), Sozialberichte (1970, 1972), Berichte zur Lage der

ZAPF (1972) seinen für die Bundesrepublik bahnbrechenden Beitrag unter die Devisen 'Lebensqualität' und 'Sozialberichterstattung'. Diese Sozialberichterstattung bedient sich bisher weitgehend unstandardisierter Maße und baut in der Regel auf wissenschaftlichen Vorarbeiten verwaltungsexterner Wissenschaftler auf, soweit sie nicht ausschließlich aus deren Gutachten besteht. Die verwaltungsinterne Rezeptivität und Verarbeitungsfähigkeit der wissenschaftlichen Vorarbeiten wie auch die Intensität der Kommunikation zwischen Verwaltung und beauftragten Wissenschaftlern variieren von Ressort zu Ressort erheblich. Wo sie funktioniert, hängt dies bisher fast ausschließlich an einzelnen Beamten, die sich in diesem Zusammenhang besonders engagieren. Das gilt wohl in noch stärkerem Maße für die verwaltungsinterne, sozialwissenschaftlich relevante Tätigkeit: Das in diesem Jahr voraussichtlich zum ersten Mal erscheinende, unter der Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erstellte 'Datenhandbuch' wäre ohne den persönlichen Einsatz von Beamten verschiedener Ressorts auf bloß 'amtlichem' Wege nie zustande gekommen.⁵ Wie sich auch aus zahlreichen anderen Untersuchungen (z. B. J. KRÜGER, 1972, und P. GROTTIAN, 1973) ergibt, sind die strukturellen Voraussetzungen einer rationalen Kooperation von politischer Administration und Wissenschaft in der Bundesrepublik noch kaum gegeben.

Sobald also von 'Sozialen Indikatoren' die Rede ist, drängen eine Vielzahl weiterer Fragen zur Erörterung; Fragen, die gleichermaßen das Wissenschaftsverständnis der beteiligten Sozialwissenschaftler wie die Auffassungen über den gegenwärtigen und den erwünschten Gesellschaftszustand (sowie die Mittel, den letzteren herbeizuführen) betreffen. Das Thema 'Soziale Indikatoren' bildet eine Nahtstelle zwischen Sozialwissenschaft und praktischer Gesellschaftspolitik. Wenn in den bisherigen Diskussionen der Arbeitskonferenzen die in der deutschen Soziologie doch recht virulenten Grundsatzpositionen hinsichtlich des Verhältnisses von Theorie und Praxis nicht zum Tragen kamen (so auch KLAGES, 1973), so liegt dies wohl nicht zuletzt an der Verkehrung der Fronten: Hier wurden Liberale 'praktisch', ja sogar ökonomiekritisch, und den Marxisten schien eine bloß theoretische Distanzierung von solch 'technokratischem' Tun doch wohl als allzu billig. Was hier versucht wird, ist weder mit positivistischen, noch mit marxistischen Vorstellungen über die Vermittlung von Theorie und Praxis angemessen zu interpretieren.⁶ Vor allem die sehr fruchtbare Diskussion im Anschluß an

Nation (seit 1971). – Hinzu kommen nichtperiodische Einzelberichte, z. B. Zur sozialen Lage der verheirateten Studenten (1972), Über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau (1972).

⁵ Über das Datenhandbuch informierten auf der dritten Arbeitskonferenz R. BARTHOLOMÄI und G. BETZ, welche als Vertreter des BMA am Zustandekommen des 'Datenhandbuchs' maßgeblich beteiligt sind.

⁶ Vgl. für die positivistische Position etwa K. D. OPP, 1967, für die (heute allerdings recht variabel interpretierte) marxistische H. LEFEBRE, 1966, S. 25-51. – Der Gruppenprozess der hier infragestehenden Sektion der DGS ist noch nicht weit genug fortgeschritten, um eine positive Bestimmung des

eine Darstellung der Tätigkeit des Statistischen Bundesamtes (vgl. H. SCHUBNELL / L. HERBERGER / F. DOROW in AK 1, S. 34-65) zeigte einerseits die unterschiedliche 'Datenphilosophie' (F. U. PAPPI, ebda. S. 65 f.) von Sozialwissenschaftlern und Statistikern auf, erbrachte jedoch gleichzeitig eine sehr klare Exposition der konkreten Problemlage, wie sie sich in der Bundesrepublik stellt.

Das Thema 'Soziale Indikatoren' bietet also reichlich Anlaß zum Ausrufen in benachbarte Problemstellungen, für die jedoch regelmäßig charakteristisch ist, daß in ihnen entweder die inhaltliche (wissenschaftlich-politische), die methodische oder die technisch-praktische Ebene als Problembereich ausfällt. Die gleichzeitige Relevanz dieser drei Problemebenen ist es, welche das Thema so schwierig macht und gleichzeitig das Abschweifen bzw. das Sichfestsetzen in verwandten Themen fördert. Dieser Gefahr ist auch die Arbeit der Sektion 'Soziale Indikatoren' gelegentlich erlegen. Die Herstellung eines Konsenses über das zentrale Thema der Sektion kann nur im Laufe der Zeit gelingen, so daß der bunte Strauß der Themen auf den der ersten, vorbereitenden Arbeitskonferenz folgenden Tagungen nicht überrascht:

2. Arbeitskonferenz

- Privater Reichtum und öffentliche Armut
- Probleme eines Systems sozialer Indikatoren, am Beispiel des OECD-Programms
- Funktionen und Grenzen der regierungsamtlichen Sozialberichterstattung, am Beispiel des Sozialberichts 1970 und 1972.

3. Arbeitskonferenz

- Datenhandbücher
- Zur Theorie politischer Güter
- Subjektive Indikatoren.

Alle Themen bewegten sich in dem von ZAPF (1972) eröffneten Rahmen; aber ist der Rahmen nicht zu weit, um sachlich fruchtbare Diskussionen unter am gleichen Gebiet Interessierten herauszustellen? Bei den Vorgesprächen zur Planung der weiteren Arbeit war ein Konsens zumindest dahingehend zu erkennen, daß die nächsten Arbeitskonferenzen thematisch stärker konzentriert werden sollen. Dadurch würde zwar vermutlich nicht die Fluktuation der Teilnehmer vermindert, aber die Interessenkongruenz der jeweiligen Teilnehmer gefördert. Auch verspricht man sich einen Fortschritt davon, daß die Diskussion in Zusam-

dort sich herauskristallisierenden Verständnisses über die Vermittlung von Theorie und Praxis zu versuchen. Im Bereich des internationalen 'Social-Indicator-Movement' finden sich m. E. sowohl 'technokratische' wie 'emanzipatorische' Motivationen, letztere etwa im Sinne der von D. BÖHLER (1971, S. 273 f.) entwickelten Konzeption einer in drei Momenten sich entfaltenden 'Theorie-Praxis-Vermittlung'.

menhang mit der Erörterung von Indikatorenbildung im Rahmen eines bestimmten 'relevanten Bereichs' (z. B. Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Bildung) erfolgt.

Abschließend sei versucht, einen Überblick über diejenigen Initiativen im Bereich der 'sozialen Indikatoren' zu geben, die in der Bundesrepublik bereits konkrete Ergebnisse erwarten lassen: In erster Linie ist hier das sogenannte SPES-Projekt der sozialpolitischen Forschergruppe an der Universität Frankfurt unter der Leitung von H. J. KRUPP zu nennen: "Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland" (vgl. KRUPP et al., 1971). Dieses sehr ehrgeizige, durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt zielt auf ein dem Modell der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung analoges Modell 'Sozialer Gesamtrechnung', in welchem die Folgen alternativer politischer Entscheidungen alternativ simuliert werden können. An dem Projekt sind Statistiker, Ökonomen und Soziologen maßgeblich beteiligt. Während der nunmehr rd. zweijährigen Laufzeit wurden bereits 18 Arbeitspapiere in Manuskriptform veröffentlicht, die über das Seminar für Sozialpolitik der Universität Frankfurt zu beziehen sind. Im Zusammen mit dem Thema der 'sozialen Indikatoren' sind vor allem die Arbeiten an einem 'soziologischen Almanach' (vgl. E. BALLERSTEDT / W. GLATZER, 1973) von Interesse, über die auf der letzten Arbeitskonferenz berichtet wurde. Der 'Soziologische Almanach' soll im Laufe dieses Jahres erscheinen und wird zusammenfassende Informationen über rd. 40 sozialwissenschaftlich und gesellschaftspolitisch relevante Problembereiche enthalten. Die Darstellung eines jeden Problembereichs enthält vier Teile:

1. möglichst weit zurückreichende historische Zeitreihen;
2. internationale Überblicke;
3. die zentralen Daten für die Bundesrepublik 1950 – 1970;
4. Spezifikationen des Materials aus der Bundesrepublik.

Dieses – soweit bis jetzt erkennbar – mit großer Sorgfalt und Systematik aufgebaute Vorhaben zeigt gleichzeitig die Schwierigkeiten und Hindernisse, aufgrund vorliegender statistischer Materialien (die nicht ausschließlich der amtlichen Statistik entnommen sind) zu angemessenen Beschreibungen bestimmter Problembereiche, oder anders ausgedrückt: zu Indikatoren dieser Problembereiche zu gelangen. Dennoch handelt es sich hier um einen ersten, entscheidenden Schritt für die praktische Bildung sozialer Indikatoren in der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang ist auch das unter Federführung des BMA erarbeitete und voraussichtlich vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in diesem Jahr veröffentlichte 'Datenhandbuch' zu erwähnen, das voraussichtlich eine Vielzahl von bisher nicht

veröffentlichten statistischen Daten in insgesamt 109 Tabellen enthalten wird. Auch hier wurde nicht ausschließlich auf die amtliche Statistik zurückgegriffen, sondern es werden auch Daten unterschiedlicher Herkunft aus den Ressorts der einzelnen Ministerien, sowie Ergebnisse von Untersuchungen privater Forschungsinstitute veröffentlicht werden.

Noch nicht erkennbar sind die Realisierungschancen des im statistischen Bundesamt entwickelten Plans einer der englischen Publikation 'Social Trends' vergleichbaren periodischen Publikation (vgl. M. BRETZ, 1973). Mit der endlichen Einrichtung eines Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung dürften zumindest die personellen Ressourcen im wissenschaftlichen Sektor der amtlichen Statistik für ein solches Projekt erheblich gestärkt worden sein. Außerdem sei auch an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Möglichkeiten für Sozialwissenschaftler, sich der Daten der amtlichen Statistik zu bedienen, in den letzten Jahren sich erheblich verbessert haben (vgl. AK 1, S. 34-85).

Initiativen zur Entwicklung 'subjektiver Indikatoren', d. h. von Indikatoren für Bewußtseinszustand, Anspruchsniveau, Wertorientierungen oder Bedürfnisstrukturen von Individuen sind an mehreren Orten in der Bundesrepublik angelaufen, u. a. beim Infas-Institut in Bad Godesberg (vgl. R. BUNZ / K. SCHACHT, 1973), sowie offensichtlich auch im Institut für Demoskopie in Allensbach (vgl. E. NOELLE-NEUMANN, 1974). Gerade in diesem Bereich ergeben allerdings noch zahlreiche grundsätzliche Probleme (vgl. K. O. HONDRICH, 1973), die eher auf Universitätsebene diskutiert werden.

Einen Überblick über die für den Problembereich 'Soziale Indikatoren' relevanten Forschungsaktivitäten in den Hochschulen und den ihnen nahestehenden Instituten ist aus verschiedenen Gründen schwer zu geben: Zum einen weitet sich der Bereich dessen, was man mit Problem sozialer Indikatoren assoziieren kann, rasch aus, sobald man die Ebene der konkreten Daten außer Acht läßt. Zweifellos hat die Theorie der 'Öffentlichen Güter', an deren Entwicklung eine Forschergruppe um H. P. WIDMAIER an der Universität Regensburg arbeitet, insofern mit dem Thema 'Soziale Indikatoren' zu tun, als die Schwäche der ökonomischen Theorien unter ökonomische Kategorien (und Meßwerte) subsumieren wollen. Dabei verschwindet jedoch die 'Qualität', um deren Messung es bei den sozialen Indikatoren geht. Dennoch erschienen zumindest mir die diesbezüglichen Diskussionen auf der letzten Arbeitskonferenz nicht sehr ergiebig.

Bei den Voten mancher Teilnehmer an den Arbeitskonferenzen wurde nicht deutlich, inwieweit diese stärker ad hoc formuliert wurden oder aber auf dahinterstehenden Forschungsprojekten basieren. Abgesehen von den am SPES-Projekt beteiligten Universitäten Frankfurt

(H. J. KRUPP und Mitarbeiter) und Mannheim (W. ZAPF und Mitarbeiter) scheint mir eine an der Problematik der sozialen Indikatoren im engeren Sinne orientierte Forschung im deutschsprachigen Bereich bisher vor allem an der TU Berlin bzw. dem Institut für Zukunftsforschung (H. KLAGES), der Universität Bielefeld (vgl. R. NIPPERT, 1972, H. H. BOHLE, 1973) und der Universität Zürich (vgl. H. J. HOFFMANN-NOWOTNY, 1972) im Entstehen begriffen zu sein.

LITERATURVERZEICHNIS

Arbeitskonferenz Soziale Indikatoren, 7./8. Januar 1972, Frankfurt a. M.: Berichte und Diskussionen. Hrsg. von Wolfgang ZAPF. Vervielfältigt Frankfurt a. M. 1972. (Zitiert als AK 1)

II. Arbeitskonferenz Soziale Indikatoren, 13./14. Oktober 1972, Mannheim: Berichte und Diskussionen. Hrsg. von Wolfgang ZAPF. Vervielfältigt Mannheim 1973 (Zitiert als AK 2)

BALLERSTEDT, Eike / GLATZER, Wolfgang: Soziologischer Almanach – Erste Ergebnisse. SPES-Arbeitspapier Nr. 18, Frankfurt a. M., Oktober 1973 (vervielfältigt)

BÖHLER, Dietrich: Metakritik der Marx'schen Ideologiekritik. Prolegomenon zu einer reflektierten Ideologiekritik und 'Theorie-Praxis-Vermittlung'. Frankfurt a. M. 1971

BOHLE, Hans-Hartwig: Probleme der Konstruktion eines sozialpolitischen Entscheidungs- und Indikatorenprogramms für das Problemfeld 'Abweichendes Verhalten': Ein Beitrag zur Diskussion der Anwendungsmöglichkeiten der Soziologie. Arbeitsplan, Bielefeld, Fakultät für Soziologie, April 1973 (Manuskript)

BRETZ, M.: Zusammenfassung des Beitrages zum Thema 'Sozialstatistische Trends', einer im Statistischen Bundesamt zur Diskussion stehenden Veröffentlichung. Arbeitspapier z. Hd. der 3. Arbeitskonferenz 'Soziale Indikatoren'. Vervielfältigt, Wiesbaden, September 1973.

BUNZ, Axel R. / SCHACHT, Konrad: Subjektive Indikatoren der Arbeitswelt des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas), Bonn-Bad Godesberg, 6.10.1973

GANS, Herbert J.: Social Science for Social Policy. In: The Use and Abuse of Social Science. New Brunswick 1971, 13-33

GROTTIAN, Peter: Restriktive Bedingungen für die Planung innerer Reformen. Eine empirische Studie zum Planungsbewußtsein der Bonner Ministerialbürokratie und zur staatlichen Planung der Unternehmenskonzentration und des Wettbewerbs. Dissertation, Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, 1973. Erscheint unter dem Titel: Strukturprobleme staatlicher Planung, Hamburg 1974.

HOFFMANN-NOWOTNY, H. J.: Poverty and disadvantaged minorities: Some considerations concerning social psychological indicators and social structure. Universität Zürich, Institut für Soziologie, 1972

HONDRICH, Karl Otto: Bedürfnisorientierungen und soziale Konflikte. Zur theoretischen Begründung eines Forschungsprogramms. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 2 (1973), 263-281

KLAGES, Helmut: Notizen zur III. Arbeitskonferenz 'Soziale Indikatoren' und zur Gestaltung der künftigen Sektionsarbeit (7.10.1973, vervielfältigt)

KRÜGER, Jürgen: Wissenschaftliche Beratung und sozialpolitische Praxis. Die Relevanz wissenschaftlicher Politikberatung untersucht am Beispiel der Reformversuche um die Gesetzliche Krankenversicherung, Dissertation, Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, 1972 (erscheint im F. Enke Verlag, Stuttgart)

KRUPP, Hans-Jürgen (und 13 Mitarbeiter): Forschungsprojekt: "Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem für die Bundesrepublik Deutschland". Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Sozialpolitische Forschergruppe, Frankfurt a. M., Juli 1971 (vervielfältigt)

LEFEBVRE, H.: Soziologie nach Marx (1966), deutsche Ausgabe, Frankfurt a. M. 1972

LUHMANN, Niklas: Knappheit, Geld und die bürgerliche Gesellschaft. In: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 23 (1972), 186-210

NIPPERT, Reinhard: Quantifizierung der sozialen Realität. Probleme der Beschreibung, Messung und Prognose. Gütersloh 1972

NOELLE-NEUMANN, Elisabeth: Lebensfreude – Kein Thema für die Kirche? Fragen zu einem Test über Bewegungs- und Mienenspiel von Katholiken. In: Herder-Korrespondenz, 28. Jg. (1974), H. 1, S. 41-47

OPP, Karl-Dieter: Zur Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien für praktisches Handeln. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 123 (1967), 393-418

RYS, Vladimir: Soziale Indikatoren und ihre Anwendung auf die soziale Sicherheit. Arbeitsunterlage für die Tagung der Sachverständigengruppe für die Planung der sozialen Sicherheit in Brüssel, 19.-21. Oktober 1972. Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit, Genf (Dokument: ISSA / RDS / PLAN / 8) *)

SIMMEL, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 3. Auflage München und Leipzig 1923

SPRINGER, Michael: Social Indicators, Reports, and Accounts: Towards the Management of Society. In: GROSS, Bertram M. / SPRINGER, Michael: Political Intelligence for America's Future. The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 388, Philadelphia 1970, 1-13

United States Department of Health, Education and Welfare: Toward a Social Report. Washington 1969

WIDMAIER, Hans-Peter / BÖCKELS, Lothar / SCHARF, Bodo: Öffentliche Armut – Privater Reichtum. Zur Diskussion von Ordnungspolitik und Steuerungsdefizit. Eine Problemstudie, bearbeitet im Auftrag der Kommission für Wirtschaftlichen und Sozialen Wandel. Erste vorläufige Fassung, Universität Regensburg 1973 (vervielfältigt)

ZAPF, Wolfgang: Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1 (1972), 353-376

ZAPF, Wolfgang: Soziale Indikatoren. In: G. ALBRECHT / H. DAHEIM / F. SACK: Soziologie – Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften, René König zum 65. Geburtstag. Opladen 1973

*) Französische Fassung erschienen in: Revue internationale de Sécurité sociale (No. 1-2, 1973), S. 1-31